



# Lage in der DDR-Wasserwirtschaft

17. März 1961

[Bericht] Nr. 147/61 über die Situation im Wirtschaftszweig Wasserwirtschaft

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 394, Bl. 1–10 (3. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Stoph – MfS: Ablage

[Für die] geplante Präsidiumssitzung [des Ministerrats]

Vorliegende Untersuchungsergebnisse des MfS veranlassen zum Aufzeigen einiger Probleme im Wirtschaftszweig Wasserwirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

Schwerpunkte der Analyse bildeten Mängel in der Leitungstätigkeit des Amtes für Wasserwirtschaft ( AfW), Hinweise auf die Situation innerhalb der Wasserwirtschaftsdirektionen (WWD) und Probleme in den Gewässerunterhaltungs- und Meliorationsbetrieben (GuM). Hierzu wurden für die Einschätzung der Tätigkeit des AfW bei der Sicherung von Schwerpunktfragen der Wasserwirtschaft Einzelbeispiele aus der Bauwirtschaft und deren Einfluss auf die Vorhaben mit beachtet sowie Fragen der Arbeit mit der Intelligenz besonders mit berücksichtigt.

### *1. Zur Situation und Leitungstätigkeit innerhalb des Amtes für Wasserwirtschaft*

Allgemein ist feststellbar, dass das AfW gegenüber unterstellten Organen der Wasserwirtschaft in der Anleitung und Kontrolle kaum wirksam wird. Die Arbeitsweise des Amtes war bisher einer ständigen Kritik von Seiten der unterstellten bzw. den örtlichen Organen der Wasserwirtschaft ausgesetzt. In den WWD wird teilweise die Meinung vertreten, dass das Amt nicht in der Lage sei, die Probleme der WWD richtig zu erfassen. Die Anleitung der WWD durch das AfW wird in der Vergangenheit als schematisch und formal bezeichnet.

Die ungenügende und sporadische Arbeitsweise des Amtes wird mit auf die Person des Leiters Genosse Rochlitzer <sup>1</sup> zurückgeführt. Seine Arbeitsweise und die Wahrnehmung seiner Aufgaben als Leiter des Amtes würden wenig überzeugend wirken, dagegen sei sein Umgangston oftmals sehr befehlsmäßig. Bei ihm wären nur die Mitarbeiter angesehen, die widerspruchslos die Anweisungen empfangen, weiterleiten oder selbst durchführen. Sein Auftreten und seine Haltung würden auch die Werbung geeigneter Kader erschweren. Diese Haltung wirkt sich auch auf die ungenügende Anwendung von Kritik und Selbstkritik im Amt für Wasserwirtschaft aus. Der Genosse Rochlitzer hat es bisher immer verstanden, ihm unliebsame Kritiker aus seiner näheren Umgebung zu versetzen. Vielfach besteht die Befürchtung, dass er sich für die an ihm oder an der Arbeitsweise seines Amtes geübte Kritik bei passender Gelegenheit rächt. So sind seit 1959 acht Genossen ausgeschieden bzw. versetzt worden, die bemüht waren, durch berechtigte Kritik die Arbeitsweise des AfW zu verbessern. Obwohl die Funktion des stellv. Leiters des AfW zu besetzen ist, bemüht sich der Genosse Rochlitzer nicht sonderlich, einen geeigneten Kader für diese Funktion auszusuchen. Es wird vermutet, dass der Genosse Rochlitzer damit einer etwaigen Ablösung von seiner Funktion vorbeugen will.

Von den nachgeordneten Organen des AfW wird weiterhin bemängelt, dass sich die Anleitung durch die verantwortlichen Mitarbeiter in schriftlichen Anweisungen erschöpft. Dieser Mangel zeigt sich z. B. beim Großbauvorhaben Speicherbecken Spremberg/Niederlausitz. In der 3-jährigen Bauzeit wurde die Baustelle nur zweimal von einem Mitarbeiter der zuständigen Abteilung besucht.

Grundsätzliche Probleme für die Entwicklung der Wasserwirtschaft werden vom AfW unterschätzt. Dies zeigt sich beispielsweise bei der Anleitung zur Ausarbeitung einer Ökonomik für die GuM-Betriebe. Anfang 1960 wurde im VEB GuM Potsdam eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft zur Ausarbeitung der Ökonomik eines GuM-Betriebes gebildet. Bisher fehlte jegliche Anleitung dieser sozialistischen Arbeitsgemeinschaft durch das AfW. Nach Hinweisen leitender Mitarbeiter des AfW wird es bei Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitsweise noch ca. zwei Jahre dauern, bis die Ausarbeitung und Beratung der Ökonomik beendet sein wird. Es besteht aber die Notwendigkeit, die Bearbeitung des vorliegenden Themas schnellstens abzuschließen, da die Ökonomik als Grundlage für die sozialistische Rekonstruktion aller GuM-Betriebe dienen soll.

Von Seiten der WWD bestehen Hinweise über eine Benachteiligung einzelner WWD bei der tariflichen Urlaubseinstufung. Dabei auftretende Unzufriedenheiten hätten vermieden werden können, wenn eine einheitliche Festlegung der tarifmäßigen Urlaubsvergütung durch das AfW erarbeitet worden wäre.

Auch die Arbeit der Parteileitungen in den Organen der Wasserwirtschaft weist eine Reihe von Schwächen auf. In allen Organen der Wasserwirtschaft befinden sich die Parteileitungen fast ausnahmslos im Fahrwasser der staatlichen Leitungskräfte, wobei die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei erheblich gefährdet ist. Es gibt sogar solche Erscheinungen, dass bei Neuwahlen Genossen als Parteisekretäre vorgeschlagen werden sollen, die nicht über eine entsprechende politische Qualifikation verfügen und bei denen von vornherein die Auffassung besteht, dass sie ihre Aufgaben in der Parteiarbeit nicht voll erfüllen können.

*a) Die Arbeitsweise des Amtes für Wasserwirtschaft mit der Intelligenz*

Das Verhältnis zur Intelligenz soll teilweise durch den Arbeitsstil des Genossen Rochlitzer im negativen Sinne beeinflusst worden sein. Ein großer Teil der Mitarbeiter mit verantwortlichen Funktionen im Institut für Wasserwirtschaft hat kein Vertrauen zum Genossen Rochlitzer, da er gegebene Versprechungen oftmals nicht einhält. Besondere Verärgerung besteht über verschiedenartige bürokratische Hemmnisse. So empfinden die Mitarbeiter des Institutes für Wasserwirtschaft, trotz der Erklärung des Genossen Rochlitzer, die Art und Weise der Ablösung des ehem. Direktors des Institutes Genosse Heßmann als unkorrekt. Die Bekanntgabe der Ablösung erfolgte durch den Parteisekretär des Institutes. Der überwiegende Teil der Mitarbeiter ist der Meinung, dass die Ablösung entsprechend der Funktion des Genossen Heßmann durch den Leiter des Amtes für Wasserwirtschaft Genosse Rochlitzer persönlich vor dem Forum des Mitarbeiterstabes des Institutes hätte erfolgen müssen.

Es gibt im Institut Stimmen, die dem AfW eine wissenschaftsfeindliche Haltung nachsagen. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter empfinden es teilweise als eine Beleidigung, dass durch den Genossen Rochlitzer ein Fachschulingenieur als neuer Direktor des Institutes eingesetzt wurde. Vorhandene Meinungen besagen, dass diese Einrichtung von einem erfahrenen Wissenschaftler geleitet werden müsste, da es sonst seinen guten internationalen Ruf verlieren würde. Zu bemerken wäre hierzu, dass im Institut eine starke Gruppe negativer Kräfte besteht, die unter Umständen unter dem Deckmantel einer Diskussion über den sog. wissenschaftlichen Qualifikationsgrad des Leiters einen versteckten Kampf gegen den neuen Leiter des Institutes führt. Nach bisherigen Erkenntnissen ist es der Initiative des neuen Leiters dieses Institutes zuzuschreiben, dass die Mängel des Institutes unter Leitung des Genossen Heßmann im Wesentlichen überwunden werden konnten. Zur Klärung dieser Fragen wäre besonders die Einflussnahme durch die entsprechenden Parteiorgane erforderlich.

*b) Der Einfluss vorhandener Mängel in der baustoffverarbeitenden Industrie auf die Sicherung von Schwerpunktvorhaben der Wasserwirtschaft*

Vorliegende Hinweise lassen erkennen, dass Schwerpunktfragen der Wasserwirtschaft im laufenden Volkswirtschaftsplan 1961 durch ungenügenden Vorlauf in der Planung und Bilanzierung gefährdet sind. Weiterhin wirken sich die verspätete Inbetriebnahme des Asbestbetonrohrwerkes Magdeburg-Rothensee und des Spannbetonwerkes Laussig, Kreis Eilenburg sowie die mangelnde Qualität der Erzeugnisse des Schleuderbetonwerkes Schönebeck/Elbe hemmend für die Einhaltung der Staatsplantermine aus.

Zur Sicherung des Projektes – »Fernwasserleitung aus der Rappbodetalsperre« – wird bekannt, dass z. B. für den Aufbau des geplanten Leitungssystems im Planjahr 1961 die erforderlichen Stahlrohre nur zu 34 % abgedeckt werden können. Von den ursprünglich vorgesehenen 4 600 t erfolgte unter größtmöglichstem Einsatz von Spannbetonrohren eine Reduzierung auf ca. 1 000 t. Nach dem gegenwärtigen Stand der Bilanzierungsarbeiten stehen etwa 576 t Stahlrohre zur Verfügung, welche aber noch nicht lieferseitig gesichert sind. Hinzu kommen Lieferrückstände an Stahlrohren vom VEB Rohrleitungsbau Bitterfeld in Höhe von 5 465 t (= 11,2 km).

Zur Entlastung des Stahlrohrsektors erfolgte für die Vorhaben der Wasserwirtschaft speziell die Orientierung, Rohre aus Spannbeton vom VEB Spannbetonwerk Laussig, Kreis Eilenburg, zu verwenden. Die seit dem 1.7.1960 angelaufene Produktion im Werk Laussig weist entsprechend den TGL erhebliche Mängel auf, sodass bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Lieferverzug von ca. sieben Monaten an die Wasserwirtschaft besteht. Die größten Auswirkungen bestehen im Objekt Fernwasserversorgung aus der Rappbodetalsperre, indem die bestehenden Lieferrückstände die bereits vorhandenen Planrückstände zum vorgesehenen Staatsplantermin noch vergrößern.

In Erwartung der Produktionsaufnahme von Spannbetonrohren wurde die Produktion der Schleuderbetonrohre in den Dimensionen 800 und 1000 mm eingeschränkt. Dadurch ist für 1961 keine ausreichende Belieferung in der Nennweite von 800 mm gesichert. Allein dadurch sind im Rahmen der Investitionsmaßnahmen der Fernwasserversorgung Elbaue zwei Objekte mit einer Gesamtlänge von 7 745 m nur mit 2 400 m durchführbar. Zzt. besteht ein Überangebot an Rohren dieser Fertigungsart mit der Nennweite 1000 mm.

Aus dem Objekt der Fernwasserversorgung Elbaue erfolgten Beschwerden wegen der vom Schleuderbetonwerk Schönebeck/Elbe gelieferten Rohre. Bei der Überprüfung von 4,1 km Leitung, 1000 mm Nennweite, 8 atü, wurden auf 1,8 km Länge ca. 35–40 Schalenbrüche ermittelt. Die Lieferquoten bei Schleuderbetonrohren sind zzt. starken Schwankungen unterworfen, sodass keine Klarheit über das Bauprogramm 1961 geschaffen werden konnte.

Durch die verspätete Inbetriebnahme des Asbestbetonrohrwerkes Magdeburg-Rothensee besteht weiterhin in allen Wirtschaftszweigen ein erhöhter Bedarf an Gussdruckrohren. Dadurch wurde dem AfW das Kontingent von 3 000 t auf 313 t gekürzt. Bei der örtlichen Wasserwirtschaft wird im Durchschnitt nur 40 % des Bedarfes abgedeckt.

Größere Schwierigkeiten bestehen außerdem in der Bedarfsdeckung von Spezialarmaturen. So wird bekannt, dass dem Objekt Rappbodetalsperre teilweise Armaturen (etwa im Wert von 1 Mio. DM) zur Verfügung stehen, aber entsprechende Rohre fehlen, während im Objekt Elbaue Rohre vorhanden sein sollen, aber die notwendigen Armaturen fehlen.

Ein weiteres Problem besteht im zweckmäßigsten Einsatz der vorhandenen Technik bei der Durchführung von Vorhaben der Wasserwirtschaft. So kamen beim Bau des Rückhaltebeckens am Buschbach (Osterzgebirge) Kipper zum Einsatz, die den höheren Ansprüchen im unwegsamen Gelände in keiner Weise genügten. Diese Erscheinung traf auch für den Einsatz der Löffelbagger zu. Die Folge war ein ständiger Ausfall der Mehrzahl dieser Geräte, sodass der Termin der Fertigstellung immer weiter hinausgeschoben werden musste. Allgemein ist für die Wasserwirtschaft zu schlussfolgern: dass der bei den wasserwirtschaftlichen Bauten zum Einsatz kommende veraltete Maschinenpark zusätzliche Arbeitskräfte bindet, die geplante Arbeitsproduktivität nicht erreichbar wird und teilweise die mögliche Baukapazität vermindert wird.

Abschließend muss festgestellt werden, dass der Plananlauf 1961 eine Verschlechterung gegenüber dem Plananlauf 1960 erfahren hat.

## *2. Zur Situation in den Wasserwirtschaftsdirektionen*

Die Arbeitsweise der Wasserwirtschaftsdirektionen leidet teilweise unter dem Mangel an politisch und fachlich geeigneten Kadern. Entsprechend einer Reihe von Hinweisen werden von den sieben Direktoren der Wasserwirtschaftsdirektionen drei Direktoren so eingeschätzt, dass sie den steigenden Anforderungen als politischer und fachlicher Einzelleiter nicht gewachsen wären. Dies trifft besonders auf die Direktoren der WWD Obere Elbe (Dresden), der WWD Havel (Potsdam) und WWD Spree-Oder-Neiße (Cottbus) zu. Der Direktor der WWD Obere Elbe Genosse Kretschmar soll zwar ehrlich bemüht sein, den Aufgaben gerecht zu werden, verliert sich aber immer wieder in fachlichen Kleinigkeiten. Daher ist es ihm nicht immer möglich, die entscheidenden Probleme des Direktionsbereiches in den Mittelpunkt seiner Leitungstätigkeit zu stellen.

Der Direktor der Wasserwirtschaftsdirektion Havel Genosse Baumann wird als Versöhnler charakterisiert, der allen Einflüsterungen zuträglich ist und intrigieren soll. Er würde versuchen, stets bei wichtigen Entscheidungen die Meinung anderer vorzuschieben und dabei allen Kollegen mit ihren Anforderungen gerecht zu werden. Dies macht sich besonders in der Zusammenarbeit mit dem Leitungskollektiv nachteilig bemerkbar.

Zum Leitungskollektiv der WWD Spree-Oder-Neiße wird die Auffassung vertreten, dass es unter der Leitung des jetzigen Direktors Genossen Dietz nicht in der Lage sei, die Schwerpunktaufgaben zu lösen. Von Seiten der Bezirksleitung Cottbus wird seine Ablösung gefordert. Größere Unzufriedenheiten entstanden unter den Mitarbeitern der WWD durch eine Orientierung des Leiters des AfW, wonach diese die Planung, Durchführung und Kontrolle wasserwirtschaftlicher Maßnahmen im Bereich der örtlichen Organe stärker als bisher mit zu bearbeiten haben. Diese Orientierung erfolgte aufgrund der Unterbesetzung bzw. des mangelnden Qualifikationsgrades der Mitarbeiter für Wasserwirtschaft bei den Wirtschaftsräten bzw. Kreisplankommissionen, die zzt. eine ausreichende Bearbeitung wasserwirtschaftlicher Probleme nicht gewährleisten. Daher wurde durch den Genossen Rochlitzer dahingehend orientiert, dass die Mitarbeiter der Direktionen neben der technisch-wissenschaftlichen Beratung auch die Fragen der Planung und Plandurchführung in den örtlichen Organen übernehmen sollen. Dies hält die Mitarbeiter der WWD von ihren eigentlichen Aufgaben ab, da sie überwiegend in den Projektierungsabteilungen tätig sind und zusätzlich für die fachliche Beratung bzw. als Mitglieder der Kreiskatastrophenkommissionen eingesetzt worden sind. Aus den hieraus resultierenden »Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen« schlagen die WWD vor:

1. die beim Wirtschaftsrat Abteilung Verkehr, Kommunalwirtschaft und Wasserwirtschaft bestehende Unterabteilung Wasserwirtschaft in eine selbstständige Abteilung Wasserwirtschaft umzubilden,
2. die bei den Plankommissionen der Räte der Kreise zusammengefassten Aufgabenbereiche Verkehr, Kommunalwirtschaft und Wasserwirtschaft aufzulösen und ein selbstständiges Referat Wasserwirtschaft zu bilden.

Diese Vorstellungen in der Wasserwirtschaft widersprechen grundsätzlich dem Ministerratsbeschluss vom November 1959 über die Weiterentwicklung der Wirtschaftsleitungen in den Bezirken und Kreisen,<sup>2</sup> besonders in Hinsicht auf die Hebung des Niveaus der Komplex-Territorialen Planung, und bedürfen daher einer gründlichen Klärung in den Organen der Wasserwirtschaft. Mit dieser Strukturänderung wäre ohnehin keine wesentliche Verbesserung der Arbeitsweise der Organe der Wasserwirtschaft in den Bezirken und Kreisen zu erreichen, da keine ausreichenden und ausgereiften Vorstellungen in den Organen der Wasserwirtschaft über die Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen vorliegen.

Weiterhin wird durch die Mitarbeiter der WWD bemängelt, dass bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Übersicht über die 1961 durchzuführenden wasserwirtschaftlichen Bauten im kommunalen Sektor und in der Landwirtschaft besteht.

## *3. Probleme der VEB Gewässerunterhaltung- und Meliorationsbetriebe*

Auf dem Gebiet des ländlichen Wasserbaues ist die Situation sehr ernst einzuschätzen. Die bezirksgeleiteten VEB GuM haben sich im Verlaufe der Zeit zum großen Teil für zweckentfremdete Arbeiten, hauptsächlich Tiefbauarbeiten, spezialisiert. In Schwerin ist es sogar zur Auflösung des Betriebes gekommen. Entsprechend den Statuten der Staatlichen Plankommission arbeiten nur noch der GuM Magdeburg, während der GuM Halle und einige andere nur noch bedingt danach ihre Aufgaben lösen.

Aus dem Bezirk Rostock wird bekannt, dass seit 1959 eine größere Fluktuation von Arbeitskräften in den gesamten Betriebsstellen des GuM eingetreten ist, die auch weiterhin anhält. Ganze Brigaden verlassen den Betrieb und sind als sog. selbstständige Brigaden in den VEG und LPG weiter als Meliorationsarbeiter tätig. Die Hauptursache liegt in der besseren Bezahlung bei den neuen Arbeitsstellen. Die neugebildeten Meliorationsabteilungen bei einigen RTS gehen ebenfalls zur Abwerbung von Fachkräften aus den GuM über.

Die im Bezirk Schwerin gebildeten zehn Spezialabteilungen für Grünlandbearbeitung bei den RTS werden ihren Aufgaben aufgrund der Struktur des Bezirkes nicht gerecht. Die Leiter dieser Abteilungen sind meist jüngere Agronomen bzw. Meliorationsingenieure, die noch nicht über genügend Erfahrungen verfügen, um den LPG die notwendige Unterstützung und Hilfe geben zu können. Weiterhin gibt es durch die Unterstellung dieser Grünlandabteilungen in den MTS bzw. RTS Schwierigkeiten, da teilweise die Direktoren den Fragen der Grünlandbearbeitung kaum oder keine Beachtung schenken und eine Anleitung der Meliorationsingenieure durch den Staatsapparat kaum erfolgt.

1

Johann Rochlitzer, Jg. 1904, SED, ehemaliges NSDAP-Mitglied, 1959–1971 Leiter des Amtes für Wasserwirtschaft der DDR.

2

Am 12.11.1959 befasste sich der Ministerrat gemeinsam mit den Vorsitzenden der Räte und Wirtschaftsräte der Bezirke damit, wie das Prinzip der Einheit von Planung und Leitung der Volkswirtschaft zu verwirklichen sei. Am 27.11.1959 wurde dann das »Statut der staatlichen Plankommission« beschlossen. Vgl. dazu allgemein Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül. Berlin 1999, S. 26 ff.